

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsorte außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Zählerbrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balber, Dhl. Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil in, Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr 116

Inseratpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Druckergebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halber  
Freitag, den 19. Mai

Erscheint werktätlich  
mit 4 Grats bei lag en. Bezugspreis monat  
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb  
— Postcheckkonto: Dortmund 2941. —

1933

## Preußen im neuen Reich

### Die Ermächtigung für die Preußenregierung.

Großer Tag im Preußenparlament.

Die zweite Sitzung des neuen Preußischen Landtages stand im Zeichen einer ganz besonders bedeutungsvollen Tagesordnung. Vor allem hatte das Haus die Regierungserklärung des Kabinetts Göring entgegenzunehmen, dann aber auch das von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen eingebrachte Ermächtigungsgesetz in allen drei Lesungen und damit endgültig zu verabschieden.

Der Andrang des Publikums zu dieser Landtagsitzung war außerordentlich stark. Die Polizei mußte das Landtagsgebäude in weiterem Umfange absperrten.

Im Sitzungssaal war Pflanzenschmuck angebracht worden. Hinter dem Präsidium hing das Hakenkreuzbanner, flankiert von der schwarz-weiß-roten und der schwarz-weißen Fahne. Schon mehr als eine Stunde vor Sitzungsbeginn waren die ersten Zuhörer auf den Tribünen erschienen. In der Diplomatenloge bemerkte man als einen der ersten den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Prinz August Wilhelm, der im vorigen Landtag der nationalsozialistischen Preußenfraktion angehört hatte. Pünktlich waren auch die 211 Nationalsozialisten in ihren braunen und schwarzen Uniformen im Sitzungssaal erschienen. In den Reihen der Deutschnationalen sah man die grüne Uniform der deutschnationalen Kampfgruppen. Auch der Stahlhelm war im Abgeordnetenparlament vertreten. Nachdem Ministerpräsident Göring mit den Ministern auf der Regierungsbank Platz genommen hat, eröffnet

Präsident Kerrl

die Sitzung mit Ausführungen, in denen er u. a. sagt: Fast ein Jahr lang wurde Preußen durch Kommissare des Reiches verwaltet, weil es dem Landtag nicht gelungen war, durch die Wahl eines Ministerpräsidenten eine Regierung zu bilden. Heute treten wir gleichsam unter einer neuen Verfassung zusammen, die zwar dem Preußischen Landtag das formale Recht der Wahl des Ministerpräsidenten genommen hat, die aber dafür von dem deutschen Volke in seiner überwältigenden Mehrheit aus freiem Herzen begrüßt wird und die auch im Inneren Preußens die Möglichkeiten der Wiederherstellung staatlichen Lebens geschaffen hat. Am 30. Januar d. J. hat der verehrungswürdige greise Generalfeldmarschall des Weltkrieges Reichspräsident von Hindenburg den Führer der nationalsozialistischen Bewegung Adolf Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt.

Der Mann mußte kommen, der in Notzeiten seines Volkes Geschichte macht. So grüßen wir in dem Führer und Kanzler, der uns der Herrscher im Kampfe um die deutsche Größe und Einheit war, den Mann, der als bester Österreicher, als bester Bayer und bester Preuße der erste junge Deutsche ist. (Lebhafter Beifall.)

Preußen, gewohnt um Deutschlands willen Opfer zu bringen, erblickt in der Neugestaltung der Grundrechte des Reiches zugleich einen weiteren Schritt zur eigenen Vollendung. Wenn wir als Männer der Arbeit die Ehre haben, den Reichskanzler auch als Reichstatthalter in Preußen zu haben, so geloben wir ihm treue Gefolgschaft. Präsident Kerrl schloß seine Ausführungen mit einem Gefolgschaftsbekenntnis des Landtages in die Führung des Ministerpräsidenten Göring.

Ministerpräsident Göring, von Händeklatschen der nationalsozialistischen Abgeordneten begrüßt, nimmt darauf das Wort zu einer Regierungserklärung.

### Die Regierungserklärung.

Ministerpräsident Göring führte in seiner Regierungserklärung u. a. folgendes aus:

Männer und Frauen des Preußischen Landtags! Im Zusammenwirken mit der Staatsregierung haben die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Deutschnationalen Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein Ermächtigungsgesetz zur Beschlussfassung unterbreitet. Zu diesem Zweck ist heute der Preußische Landtag von seinem Präsidenten einberufen worden. Damit ist für die Staatsregierung zum erstenmal die Gelegenheit gegeben, sich ihrerseits dem Landtag vorzustellen und ihre Ziele und Absichten über den Neuaufbau Preußens dem Landtag vorzulegen. Die Regierungserklärung des Herrn Reichskanzlers hat in großen Zügen schon all das enthalten, was für alle anderen Länder und für alle anderen Regierungserklärungen maßgebend sein muß. Die Regierungserklärung der preußischen Staatsregierung wird sich deshalb in diesen Rahmen einfügen und nur den Zielen des Herrn Reichskanzlers gemäß auch ihre eigenen Ziele aufstellen und nennen.

Das wichtigste Gesetz, das die Reichsregierung verabschiedet hat, ist das Gleichschaltungsgesetz und die weiter erfolgte Einsetzung der Reichstatthalter. Der weitsehende Blick des Führers und Staatsmannes Adolf Hitler hat hier das Richtige erkannt und mit seinem unbeugsamen Willen durchgeführt.

Der Dualismus Preußen-Reich ist seit den unglückseligen Novembertagen 1918, die zur Zerreißung Deutschlands, zur Schwächung der deutschen Reichspolitik und zur Verminderung der preußischen Belange geführt haben, überall und endgültig beseitigt. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-Soz. und Dtn.)

Das Gedankengut unseres Kanzlers und Führers Adolf Hitler ist auch die Basis für die preußische Regie-

rung geworden. Die Staatsregierung hat ihre Ämter vom Kanzler empfangen. Durch sein Vertrauen bin ich als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung berufen worden. (Lebhafter Beifall.) Durch sein Vertrauen sind mir mit Ausnahme der Ministerernennungen die Befugnisse eines Reichstatthalters übertragen worden.

Ich selbst stehe über ein Jahrzehnt in unverbrüchlicher Treue als Gefolgsmann hinter meinem Führer. Es war mir in dieser Zeit vergönnt, von diesem Manne zu lernen, dessen Wille mir bekannt ist und dessen Wille auch mein Wille geworden ist. So übernehme ich die preußische Staatsregierung nicht nur als Ministerpräsident, nicht nur in der Überzeugung der Reichstatthalterbefugnisse, sondern vor allem und in erster Linie als treuester Paladin meines Führers Adolf Hitler. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und auch auf den Tribünen.)

Der Kanzler hat mich zum Hüter Preußens bestellt und mich besonders beauftragt, zu wahren, was Preußens ist. Unter keinen Umständen werde ich daher dulden können, daß preußischer Besitz von Preußen getrennt wird! (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Die Erfahrungen Preußens sollen für das Reich die Unterlage seiner Gesetzgebung bilden.

Die Übernahme der Macht durch die nationale Regierung konnte nicht vor sich gehen, ohne daß hier und dort scharf zugegriffen wurde.

Die Mißstände, die vorgefunden wurden, waren und sind außerordentlich groß. Noch liegt ein Trümmerfeld hinter uns und vor uns, das der Kommunismus, der Marxismus und das vergangene System zurückgelassen haben. Die nationale Revolution nimmt ihren Fortgang. Sie tritt jetzt in eine neue Epoche mit neuen Aufgaben ein, in

die Epoche des Aufbaues.

Als wichtige Aufgaben der zweiten Epoche der nationalen Revolution sind zu bezeichnen die durchgreifende geistige Erneuerung des deutschen Menschen, der organische Um- und Ausbau des Staates und des gesamten öffentlichen Lebens, aber auch des privaten Lebens jedes Deutschen, soweit es das öffentliche Interesse erfordert, und der organische Um- und Ausbau des wirtschaftlichen Lebens. Auf diesen drei großen Aufgabenfeldern bieten sich der preußischen Staatsregierung besonders reiche Möglichkeiten zu aktiver Betätigung.

Die Staatsregierung wird auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für äußerste Sparsamkeit, peinlichste Sauberkeit und hingebendste Pflichttreue sorgen. Es muß wieder der Beamteneifer entstehen, der der preußischen Vergangenheit würdig ist.

Auf die Mitarbeit und das Vertrauen der Vertretungen des Volkes will die Staatsregierung bei ihrer Arbeit keineswegs verzichten. Daß die Regierung den Willen der Staatsautorität unbedingt zu wahren beabsichtigt, hat sie bereits klar zu erkennen gegeben, indem sie Einzelaktionen von nichtstaatlichen Stellen abgelehnt hat.

Der Ministerpräsident wandte sich dann den einzelnen Gebieten der Verwaltung zu und ging zunächst auf

die Kulturpolitik

ein. Gerade auf diesem Gebiete, auf dem in den letzten 14 Jahren besonders gesündigt worden sei, seien wichtige Aufgaben zu lösen. Die in der Vergangenheit beobachtete Zersplitterung des einzelnen Menschen aus dem Volke und den rassenverbundenen Anschauungen entsprach dem falschen Geist der liberalen Aufklärungswissenschaft.

Die Reform der Hochschulen und Schulen

wird sich vom Individualismus und von großstädtischer Entwurzelung zu einer Bildungsarbeit der Volksgemeinschaft, der Bodenständigkeit und der Charakterstärke entwickeln. Die Kulturpolitik der nationalsozialistischen Revolution werde ihr Ziel erst erreicht haben, wenn der Gegensatz zwischen Gebildeten und Ungebildeten, der Gegensatz zwischen deutscher und sogenannter allgemeiner Bildung verschwunden sei und die Verbundenheit der Kultur mit Volk und Land zur zeitigen Wirklichkeit geworden ist. Der Ministerpräsident ging dann auf die

Aufgaben der Polizei

ein. Die Polizei müsse in erster Linie die Voraussetzung für eine ruhige und gesetzmäßige Entwicklung im Innern schaffen. Jede Störung der Aufbauarbeit wird von der Polizei im Keime erstickt werden. Der organisatorische Umbau der Schutzpolizei hat die Herstellung einer gesteigerten Schlagkraft zum Ziel. Der vorgenommene Führerwechsel verbürgt die planmäßige Durchführung dieser Aufgabe. Wir werden unter vollster Wahrung der bestehenden außenpolitischen Bindungen ein Instrument schaffen, das dem Wiederaufbau des Vaterlandes dient. Deshalb muß ich an dieser Stelle auch

scharfsten Protest

habe gegen einlegen, daß in Genuß die Behauptung aufgestellt worden ist, die preußische Polizei sei ein Bestandteil der deutschen Armee und sei dem Heer gleichzusetzen.

Die Erneuerung des Berufsbeamtentums ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Sicherung des neuen Staates. Die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes wird den Beamtenkörper von Personen befreien, die im nationalen Deutschland in der öffentlichen Verwaltung keinen Platz mehr haben können. Die preußische Beamtenschaft wird nach Durchführung dieses Gesetzes aber auch wieder den vollen Anspruch auf die Achtung und Stellung erheben können, die ein sauberer Beamteneifer beanspruchen darf und muß. Diese Reinigung muß im Interesse des Staates

durchgeführt werden. Ganz besonderes Augenmerk richtet die Regierung auf die Wiederherstellung einer straffen und sauberen, sparsamen und dem Staatswohl dienenden

Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Mit der Vetterwirtschaft hat bereits die Antikorrupsionsverordnung ausgeräumt. Es wird erste Pflicht der Regierung sein, die Gemeinden wieder zu sauberen Staatseinkünften zu machen.

Wenn die Beamtenschaft teilweise durch das Berufsbeamtengesetz beunruhigt ist, so weise ich darauf hin, daß die Staatsregierung von der Größe der Verantwortung, die gerade dieses Gesetz von ihr erfordert, durchdrungen ist. Das Schicksal jedes einzelnen Beamten und Angestellten muß ausschließlich in der Hand seines obersten Chefs, des Ministers, liegen. Das Gesetz muß sorgfältig und verantwortungsbewußt ausgeführt werden. Wir haben eine

Beseitigung des Parteibuchbeamtentums

nicht vorgenommen, um etwa ein neues Parteibuchbeamtentum heranzuzüchten. Es genügt nicht, daß jemand von der marxistischen Partei zu den Nationalsozialisten hinüberwechselt, um damit den Mangel an Fachkenntnissen verbergen zu machen. Bei Beurteilung der Fähigkeiten spielt das Abzeichen, das der Beamte heute besitzt, keine Rolle.

Ich bin auch entschlossen, gegen jede Angeberei vorzugehen. Leute, die nur jemanden zur Anzeige bringen, um selbst den betreffenden Platz einnehmen zu können, werden in einem sauberen Berufsbeamtentum in Zukunft nicht gebuddelt.

Die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei, soweit diese nicht als staatsfeindlich erklärt ist, soll keinesfalls ein Hindernis in der Berufslaufbahn sein. (Lebhafter Beifall beim Zentrum.)

Mit Nachdruck erklärte der Ministerpräsident dann: Wenn Angehörige der nationalsozialistischen Bewegung in führende Stellungen gekommen sind und das Beamtentum hervorgerufen hat, so muß ich sagen:

Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, welche gewaltige Diskrepanz dadurch entstanden war, daß auf der einen Seite Millionen von Nationalsozialisten den Freiheitskampf durchführten, auf der anderen Seite aber seit einem Jahrzehnt aus jeder Staatsstellung ausgeschlossen waren. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten und auf den Tribünen.)

Der Geist des neuen Staates muß auch in der

Justizverwaltung

zum Ausdruck kommen. Die Gesetze dürfen nicht mehr auf der Anschauung beruhen. Es gibt kein abstraktes vom Volk losgelöstes Recht. Die Quelle des Rechts ist das Volk selbst. Daher muß ein Volksrecht geschaffen werden, wie es sich z. B. in dem bürgerlichen Erbbhofrecht darstellt. Die Durchsetzung des Rechts im Volksleben erfolgt nicht durch Paragraphen und Buchstaben, sondern durch Männer. Deshalb sind Richter notwendig, deren Handeln bestimmt wird durch eine einzige Richtschnur: Das Wohl der Volksgemeinschaft. Auch eine Reform des Strafvollzugsrechts wird in den nächsten Wochen Gegenstand der Beratungen des Staatsministeriums sein.

Auf das wirtschaftliche Gebiet

übergehend stellte der Ministerpräsident mit Genugtuung fest, daß die Entwicklung der Sparkassen gerade in den letzten Wochen eine Zunahme der Spareinlagen gebracht habe. Darin komme die zunehmende Verubigung und Entspannung in der Wirtschaft zum Ausdruck. Es zeige sich darin eine Festigung des Vertrauens, die auf die Autorität des Staates zurückgehe. Die Staatsregierung werde alles tun, um einen Fortgang dieser Entwicklung zu gewährleisten. Die Zunahme der Spareinlagen hat die Möglichkeit zu Kreditausweitungen in der Sparkassen gegeben, wobei besonders die mittelständlerische Wirtschaft berücksichtigt wird. Was die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

durch Arbeitsbeschaffung angehe, so wird sich der Preussische Staat auch hier aktiv an den notwendigen Maßnahmen beteiligen.

In allen Fällen von Korruption

wird die Regierung ebenso scharf durchgreifen, wie sie einer unruhigbringenden Schnüffelei entgegenzutreten wird. Auch in der Wirtschaft muß der Gegensatz gelten: Autorität nach unten, Verantwortung nach oben. Von den Kampfbünden, die gerade auch auf dem Gebiete der Wirtschaft zahlreich gegründet worden seien, sei vielleicht die ihnen zukommende Aufgabe falsch verstanden worden. Diese Aufgabe liege in der Erziehung der in der Wirtschaft tätigen Menschen und nicht im Hineinreden in den geordneten Gang der Betriebe. Die Staatsregierung wird derartige Aktionen, die zum Schaden der Wirtschaft auslaufen, nicht mehr dulden.

Bei der Erörterung von besonderen Fürsorgemaßnahmen für bestimmte Gebiete des Preussischen Staates fand der Ministerpräsident besonders herzliche Worte für Ostpreußen.

Ostpreußen muß wissen, so rief der Ministerpräsident mit erhobener Stimme aus, daß es seine ganze Kraft immer wieder aus Gesamtpreußen erneuern kann. (Stürmischer Beifall.)

Der Ministerpräsident wies nach weiteren Ausführungen über das Anleiheermächtigungsgesetz und die Gestaltung des neuen Staatshaushalts darauf hin, daß sich das Staatsministerium nachdrücklich bemüht, durch

äußerste Sparsamkeit

auf allen Gebieten der Verwaltung den Haushaltsplan für 1933 auch materiell auszugleichen. Der Ministerpräsident dankte allen, die durch ihren opferbereiten Einsatz die nationale und nationalsozialistische Revolution ermöglicht haben und gedachte vor allem des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung. Auch dem Stahlhelm

## Das Ende einer Weltlüge.

Vielleicht wird man als Deutscher ein bißchen gelächelt haben, als man hörte: In Genf ist die Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz, in dem nun die englisch-französische Front unsere Vertretung und damit Deutschland selbst sozusagen "an die Wand quetschen" wollte, unter dem Eindruck der Rede des deutschen Reichskanzlers vertagt worden. Aber es ist ein Lächeln des Stolzes, das uns Deutschen hierüber zukommt. Und zum zweiten Male muß man — diesmal aber etwas spöttisch — darüber lächeln, daß gerade die Gegenseite in allzu großer Pfiffigkeit es gewesen ist, die die politische Bedeutung der Rede des Reichskanzlers in das Scheinwerferlicht stellte, dadurch, daß die Herrschaften in Genf am vergangenen Sonnabend beschlossen, die Weiterberatung und Entscheidung solange auszusetzen, bis der deutsche Reichskanzler gesprochen und — entschieden hatte. Und das hat er in einer Weise getan, daß man, na, wir sind höflich, von einer Art diplomatischer Mundsperre auf der Gegenseite wenigstens für eine gewisse Zeit sprechen kann. Das also ist Hitler, von dem man in Frankreich, England und Amerika ein Zerrbild gab, so etwa von der Art, wie wir sie vom Krieg her zur Genüge kennen: Ein zähnefleischender, kinderfressender Säbelrasseler, erfüllt von einem wilden Nationalismus, der am liebsten auch gleich alle Nachbarn verspeisen würde! Und nun hörte oder las man im Ausland den Satz in der Rede Hitlers, daß "es nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern".

Hier liegt der Drehpunkt der ganzen Reichskanzlerrede vom 17. Mai, und von diesem Punkt aus soll und muß nun auch die allgemeine politische Wirkung in die Welt hinausgehen und besonders nach Genf hinüber. In allen Zeilen seiner Ausführungen blickt Hitler immer nach diesem Punkte: die Friedenssicherung. Die Revision des Versailles Diktates, in dem weder das Nationalitätenprinzip gerecht durchgeführt wurde, das ferner den wirtschaftlichen Wahnsinn der Milliarden Tribute brachte und das eine Lüge, nämlich die von der deutschen Schuld am Kriege, zur Grundlage der europäischen "Neuordnung" gemacht hat, soll und muß schon deswegen allseitig in Angriff genommen werden, weil ein wirklicher Frieden auf dem Boden dieses Diktats eine blanke Unmöglichkeit ist.

In letzter Zeit tönte viel Kriegesgeschrei durch den Westen Europas und das Wort vom Präventivkrieg wurde schon zum Tagesgespräch. Hitler erklärt demgegenüber jede derartige oder überhaupt jede kriegerische Gewalt, "Lösung" als einen "Wahnsinn ohne Ende". Er urteilt über den Krieg ähnlich wie Bismarck, der einmal geschrieben hat: "Ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, das die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß". Aber verwirgt wird der Krieg, wenn man an der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte festhält. Immer wieder stößt Hitler in jenen Punkt hinein: Sicherung des Friedens für die Welt, — wenn nun der Reichskanzler darlegte, daß die endliche Schaffung der Sicherheit für Deutschland durch unsere tatsächliche Gleichberechtigung nicht nur auf einem vertraglich festgelegten Rechtsanspruch unsererseits beruht, sondern eben die Voraussetzung auch wieder dafür ist, "der Welt den Frieden zu sichern".

Und wenn man weiter hindurchgeht durch die Rede Hitlers, so stößt man immer wieder, Schritt um Schritt, auf das heiße Bemühen, die Welt von dem deutschen Friedenswillen zu überzeugen. Soviel Sicherheitsverpflichtungen wir Deutsche, obwohl wir selbst niemandes Sicherheit bedrohen, schon übernommen haben, so ist dennoch Deutschland jederzeit bereit, weitere "Sicherheitsverpflichtungen" auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind und dies Deutschland zugute kommt. Das empfiehlt auch Roosevelt's Vorschlag. Aber in Genf majorisieren lassen wir uns nicht.

Nein, an dieser Rede, die mit aller Deutlichkeit, mit schärfster politischer und wirtschaftlicher Logik und Klarheit den Willen des deutschen Volkes zur Vertragserfüllung — aber unter Innehaltung der beiderseitigen Verpflichtungen — und zum Frieden herausgearbeitet hat, kann man ebenso wenig in Genf wie in London und Paris nicht vorüber! Und für Deutschland ist der unmittelbar der Rede vorhergehende Roosevelt-Vorschlag zur Stütze unserer Politik in Genf geworden. Das Lügen- und Verleumdungsgewebe zerriß: Deutschland mit Hitler an der Spitze ist nicht der Friedensstörer Europas, den man mit Sanktionen bändigen, dem man jede Gleichberechtigung ebenso wie jede Vertragsrevision versagen muß. Und Deutschland ist nicht der Staat, der heimtlich die Abrüstungskonferenz mit dem kommenden Wirtschaftskrieg in die Luft sprengen und dann ganz offen seine schnelle Aufrüstung betreiben will. Jetzt muß man in Genf, London und Paris politisch das Wort, die feierliche Erklärung der deutschen Reichsregierung verdauen, daß "es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden zu sichern".

## Richtlinien für Aufbau, Dienstbetrieb und Ausbildung in der Gemeindepolizei.

Nachdem durch den Runderlaß vom 9. 4. 1933 die Uniform der Gemeindevollzugspolizei an die staatliche Schutzpolizei angeglichen worden ist, sind durch einen weiteren Runderlaß vom 1. 5. 1933 die Richtlinien für den Aufbau, den Dienstbetrieb und die Ausbildung in der Gemeindepolizei entsprechend den neuen Anforderungen ergänzt worden.

In diesem Erlaß ist angeordnet worden, daß die Polizeimajore bei den Regierungen örtliche Prüfungen bei den Gemeindepolizeien in Bezug auf die Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung, die Unterweisung und Fortbildung, die Körperkultur und Waffenausbildung vorzunehmen haben.

Darüber hinaus sollen Prüfungen durch den Referenten im Preussischen Innenministerium erfolgen.

Bei der Durchführung des Dienstbetriebes ist ein Unterschied gemacht worden zwischen den Gemeindepolizeiverwaltungen

- a) mit sogenannter Restpolizei, also dort, wo die Sicherheitspolizei nicht durch kommunale, sondern durch staatliche Organe versehen wird,
- b) mit einzelnen Polizeivollzugsbeamten,
- c) mit einer kleinen Vollzugspolizei unter einem Kommissar, Polizeiobermeister oder Polizeimeister als Leiter,
- d) in mittleren und größeren Städten.

Während der Dienstbetrieb in den Gemeindepolizeiverwaltungen mit Restpolizei durch die örtlichen Verhält-

# Widerhall aus dem Auslande

## Wellecho der Kanzlerrede.

Stärkster Eindruck überall.

Der Widerhall der großen außenpolitischen Erklärung, die Reichskanzler Adolf Hitler im Namen Deutschlands gewissermaßen im Angesicht der ganzen Welt abgab, zeigt vor allen Dingen in den Äußerungen der großen Weltpresse, daß die Wirkung selbst weitgesteckte Erwartungen noch stark übertroffen hat. Wohin man in den Ausgaben der großen Blätter aus allen Staaten auch blickt, überall kann man feststellen, daß die Vereinigung von staatsmännischer Überlegung mit diplomatischem Geschick eine Wirkung hervorgerufen hat, der sich nicht nur die Regierungen und die politischen Fachleute der übrigen Völker nicht entziehen können, sondern die auch den stärksten Eindruck auf die Massen, auf die Völker selbst gemacht hat. Aus einer ganzen Anzahl von Hauptstädten des Erdteils wird gemeldet, daß die Abendblätter vom Mittwoch bei ihrem Erscheinen auf der Straße den Zeitungsverkäufern von der Menge geradezu aus der Hand gerissen und stehenden Fußes gelesen wurden. Kaum ein Blatt, das nicht die bedeutungsvollste deutsche Regierungserklärung der ganzen Nachkriegszeit im Wortlaut wiedergibt, mit allen Beifallsstundgebungen und allen Einzelheiten der Reichstags-Sitzung.

In einer großen Anzahl von Äußerungen selbst solcher Auslandsblätter, die mit einer erstaunlichen Unselbstständigkeit im französischen Fahrwasser zu segeln gewohnt sind, kommt übereinstimmend zum Ausdruck, daß

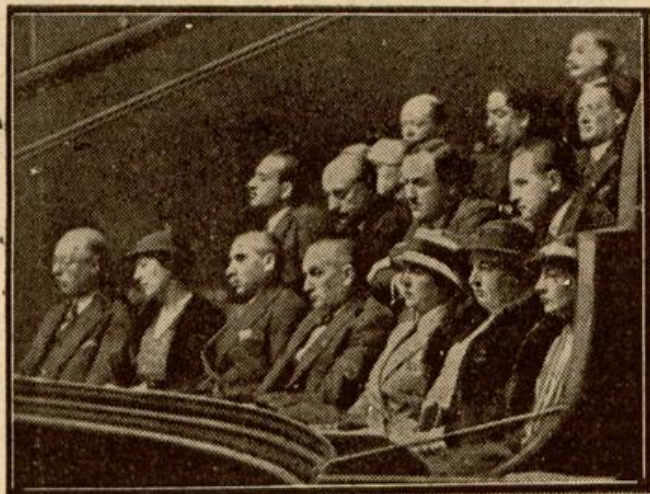
### die Verantwortung

für das weitere völlige Versagen der sogenannten Abrüstungskonferenz, für eine weitere deutschlandfeindliche Verdröhnung aller Tatsachen und darüber hinaus für eine weitere ernste Gefährdung des Friedens unter keinen Umständen bei Deutschland, sondern einzig und allein bei dem führenden Aufrüstungsstaat der Welt, bei Frankreich und bei seinen Trabanten, liegt.

Im einzelnen ergeben die bisherigen Äußerungen des Auslandes folgendes Bild:

### Die französische Staatengruppe.

Der politische Anblick Frankreichs und seiner Gesellschafter am Abend und am Tage nach der Kanzlerrede wäre unter anderen Umständen geradezu erbitternd. Die französische Presse zeigt sich völlig verlegen, um nicht zu sagen ratlos. Soweit die Pariser Presse noch einen Rest von Anstand und gutem Willen hat, muß sie wohl oder übel diese Eigenschaften der deutschen Erklärung anerkennen und auch die beifolgende Wirkung nicht nur auf den Reichstag und die anwesenden fremden Diplomaten, sondern auch auf die ganze Welt bestätigen. Das hindert die ewig unbefehrbaren und grundtätlich böswilligen Teile der französischen Presse natür-



Die Diplomaten lauschen der Hitler-Rede.

Unser Bild gibt einen Blick in die Diplomatenloge während der bedeutungsvollen außenpolitischen Rede des Reichskanzlers Hitler in der Reichstags-Sitzung in der Kroll-Oper. Links der englische Botschafter Sir Horace Rumbold, neben ihm der türkische Botschafter Kemalattin Sami Pascha und der italienische Botschafter Vittorio Cerutti.

lich nicht, nun trampeln nach irgendeinem unaristokratischen Punkt zu suchen, und sie finden sich in dem perfiden Gedanken, man werde Deutschland nur nach seinen "Handlungen" beurteilen — ein Deutschland, das nach Annahme des niederträchtigsten Friedensdiktates der ganzen Weltgeschichte vierzehn Jahre lang nur nach den Wünschen und Befehlen fremder Mächte gehandelt hat! In diesem Sinne verichert dann auch das bekannte Heftblatt "Echo d'Paris", man werde Deutschland in der fünfjährigen Übergangszeit die Gleichberechtigung nicht zuerkennen, sondern seine "wahre Gesinnung" studieren und die Absichten einer Abrüstung prüfen. Oder die "Ere Nowelle" behauptet entgegen dem Wortlaut der Kanzlerrede, also wider besseres Wissen, Deutschland wolle sich den Pflichten der Verträge entziehen (nicht etwa das seit vierzehn Jahren diese Verträge sabotierende Frankreich!). Aus alledem ist ohne weiteres schon zu entnehmen, mit welchen Mitteln selbst nach dieser von aller Welt anerkannten Erklärung Deutschlands Frankreich seine Gegenarbeit vor allem in Genf fortzusetzen versuchen wird.

Auch Frankreichs Gesellschaftern unterliegen dem zwingenden Einfluß der Kanzlerrede. Gleichwohl scharen sie sich um den großen französischen Bruder und behaupten etwa, daß "das Problem der Gleichberechtigung mit dem Programm der Abrüstungskonferenz nichts gemeinsam hat".

An dem Völkerrundfunk Genf ist man bezeichnenderweise in den französisch orientierten Kreisen in peinlicher Verlegenheit, besonders über die Fragen des Reichskanzlers nach dem Verhältnis zwischen der Sicherheit Frankreichs und der Sicherheit Deutschlands.

### England.

In England, wo die Bevölkerung stärksten Anteil an der Reichstags-Sitzung genommen hat, machte sich noch am Abend des Mittwochs ein starker Umschwung der vielfach gegen Deutschland gerichteten öffentlichen Meinung bemerkbar. Es ist aber außerordentlich bezeichnend, daß dieser Umschwung in der englischen Presse nicht voll zum Ausdruck kommt. Statt der vorbehaltlosen Zustimmung, die am Abend des Mittwochs in Londoner Publikumskreisen allenthalben zu hören war, verlangen manche englischen Blätter, entsprechend

nisse bedingt ist, so daß er eine einheitliche Regelung nicht zuläßt, ist er in den Gemeindepolizeiverwaltungen mit einzelnen Polizeivollzugsbeamten dem der Landjägerei anzugleichen. In den Gemeindepolizeiverwaltungen mit einer kleinen Vollzugspolizei unter einem Kommissar, Polizeiobermeister oder Polizeimeister als Leiter ist eine Angleichung an die staatliche Revierpolizei anzustreben.

in ihrer Frankreichfreundlichen Einstellung, nach "praktischen Weisungen" für die Ankündigungen Hitlers; sie verlangen also mit anderen Worten eine Fortsetzung der bedingungslosen Unterwerfungspolitik Deutschlands während der vergangenen vierzehn Jahre.

### Italien.

Die italienische Presse spricht in vielfach starken Worten ihre freudige Zustimmung zu der Erklärung des Reichskanzlers aus. Da liest man etwa, daß niemand behaupten könne, daß Deutschland der Saboteur der Abrüstungskonferenz sei; Deutschland habe nun das Recht, zu fordern, daß die schwächeren Staaten loyal seinem Beispiel folgten. Oder die "Stampa", ein führendes Mailänder Blatt, schreibt, die französischen Manöver und Täuschungsversuche seien mißglückt; der Kanzler habe Frankreich die Waffen aus der Hand geschlagen.

### Amerika.

Welch ungeheures Interesse man in den Vereinigten Staaten von Amerika an der offiziellen deutschen Erklärung genommen hat, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß die amerikanischen Berichterhalter den vollen Wortlaut der Rede, ungefähr 4000 Kabelworte, und außerdem ausführliche Schilderungen aus dem Reichstag unmittelbar nach der Sitzung nach Amerika durchgaben. Die amerikanische Regierung mit dem Präsidenten Roosevelt an der Spitze hörte den Wortlaut der Rede am Lautsprecher; auf Grund seiner Kenntnis der deutschen Sprache konnte der amerikanische Präsident die Rede seinen Beamten aus dem Stegreif übersetzen. Auch in Amerika ist man von der maßvollen sachlichen Darstellung und der Würde der Haltung Deutschlands stark beeindruckt.

Im übrigen ist für die Wirkung der Erklärungen des Reichskanzlers auf den nüchtern denkenden Amerikaner nichts kennzeichnender, als daß noch während der Rede die Finanzmänner und Börslaner umfangreiche Börsenaufträge erteilten, so daß die Kurse an der Newyorker Börse um einen bis sechs Punkte stiegen.

### Die Reichsregierung sehr befriedigt.

Berücksichtigt man die Wirkung der vergangenen vierzehn Jahre, die angefüllt waren mit einer unaufhörlichen Gehpropaganda der westlichen Mächte, vor allem Frankreichs, gegen Deutschland, einer Gehe, die sich in den letzten Monaten und Wochen ins Ungeheuerliche steigerte, so darf man sagen, daß die Erklärung des Reichskanzlers in der Wirkung auf das Ausland in der deutschen Nachkriegszeit einzig da steht. Mit Recht kann die Reichsregierung ihrer tiefen Befriedigung über diese Wirkung Ausdruck geben.

## Hindenburgs Antwort an Roosevelt.

Als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat der Reichspräsident am Donnerstag das folgende Telegramm an den Präsidenten Roosevelt gerichtet:

"Mit aufrichtigem Dank bestätige ich den Empfang Ihrer mir telegraphisch übermittelten Botschaft. Diese Kundgebung, in der Sie der Welt den Weg für die Behebung der internationalen Krise zeigen, hat in ganz Deutschland starken Widerhall gefunden. Die Erklärungen, die der deutsche Reichskanzler gestern mit einmütiger Zustimmung des Deutschen Reichstages abgegeben hat, beweisen, daß Deutschland gewillt ist, an der Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart uneigennützig mitzuarbeiten."

## Entspannung.

### Nach der großen Rede Hitlers.

Die Rede Adolf Hitlers vor dem Reichstage ist am Donnerstag von den englischen amtlichen Stellen eingehend untersucht und erwogen worden. Mit Befriedigung wird festgestellt, daß sie durchaus verständlich gehalten ist. Es wird bedauert, daß eine ähnliche Erklärung nicht schon früher abgegeben worden ist, weil hierdurch die Ansammlung von Mißtrauen über die politischen Ziele Deutschlands hätte verhindert werden können.

Man erwartet jetzt in englischen Regierungskreisen, daß der deutsche Vertreter in Genf mit praktischen Vorschlägen über die Reichswehr herauskommen wird, wobei englischerseits zugegeben wird, daß sich der Umbau nicht sofort vollziehen kann, sondern daß hierzu eine gewisse Zeitspanne notwendig ist.

Sollten sich die englischen Hoffnungen bestätigen, so hält man es in London nicht für ausgeschlossen, daß sich hierdurch die Lage in Genf wesentlich ändern und Deutschland aus seiner isolierten Stellung herauskommen kann.

Angeichts der Entspannung der Lage, die durch die Hitler-Rede unzweifelhaft eingetreten ist, besteht in englischen Kreisen keine Neigung, auf irgend welche französische Investigationsabläufe über den deutschen Rüstungsstand einzugehen, obwohl z. B. im Kriegsministerium Stimmung für eine Investigation vorhanden war.

### Den Tschechen wird geantwortet werden.

Im Verfassungsausschuß des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses hat sich der tschechoslowakische Justizminister Dr. Meißner zu dem Passus der Kanzler-Rede geäußert, der sich mit dem bekannten Prozeß in Brünn befaßte. Der Justizminister erklärte, daß die betreffende Äußerung des Reichskanzlers ein unberechtigter Eingriff in die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei, insbesondere der tschechoslowakischen Justiz, sei. Aus Grund der internationalen Rechtsverhältnisse werde man in Berlin bei der Reichsregierung vorstellig werden.

Das Verhalten des tschechoslowakischen Justizministers kann wohl nicht ganz ernst genommen werden. Die Tschechen können gewiß sein, daß ihnen die richtige Antwort erteilt werden wird. Der Passus der Reichskanzler-Rede ist durchaus keine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates, sondern ein Hinweis darauf, daß das Gutachten, das in dem Prozeß erstattet wurde, auf völliger Unkenntnis der Zustände in Deutschland beruhte.

Bei den Gemeindepolizeiverwaltungen in mittleren und größeren Städten entsprechen die Aufgaben der Gemeindepolizei den örtlichen Aufgaben der Schutzpolizei. In diesen Polizeiverwaltungen ist daher der Dienst nach den Grundsätzen der staatlichen Schutzpolizei einzurichten.

Da diese Polizeien auf geschlossenen Bereitschaften nicht zurückgreifen können, gewinnt hier die Einrichtung von

deren Anführer wegen Aufstörung mit drei bis sieben Tagen bzw. wegen Beleidigung des Bundeskanzlers mit drei bis vier Wochen Arrest bestraft wurden. Die übrigen Verhafteten erhielten Arreststrafen von drei Tagen bis zu einer Woche. Die Bestrafung wird auch hier in Österreich als außerordentlich hart empfunden.

## Frankreich geht mit Rußland.

### Der französisch-russische Nichtangriffsvertrag.

Die französische Kammer nahm Donnerstagabend zum Schluß der Aussprache über den französisch-russischen Nichtangriffsvertrag eine Entschließung an, in der sie ihrer Genugtuung über den Austausch der Ratifizierungsurkunden zu diesem Vertrage Ausdruck gibt, „der zum gemeinsamen Wohle Europas die Organisation des Friedens stärke“.

In den Reden wurde immer wieder die Hoffnung ausgesprochen, daß dem Nichtangriffsvertrag bald eine wirtschaftliche Zusammenarbeit folgen möge.

Der ehemalige Ministerpräsident Herriot, der die Verhandlungen über den Nichtangriffsvertrag seinerzeit geführt hat, erklärte u. a., daß er die Störung des Gleichgewichts in den Beziehungen Rußlands mit Europa zu beseitigen versucht habe, die der Vertrag von Rapallo bzw. Berlin hervorgerufen habe. Er erklärte zum Schluß, daß der Nichtangriffsvertrag zwei sofortige Ergebnisse zeitigt habe: 1. Die Erklärung Litwinows in Genf und sein Eingreifen in der Frage der Definition des Angreifers, und zweitens den Artikel Radets, der sich als Gegner der Vertragsrevision bekannt habe.

Außenminister Paul-Boncour erklärte eine Ergänzung der Entschließung im Sinne des sozialistischen Antrages für unnötig, der die Regierung aufforderte, sofort mit Sowjetrußland Verhandlungen über Wirtschaftsabkommen einzuleiten. Im April, so erklärte Paul-Boncour, habe der russische Handelsvertrag mitteilen lassen, daß seine Regierung die Vorschläge Frankreichs annehmen wolle. Frankreich lehne die Möglichkeit ab, sich an irgend einem Angriffspunkt gegen die Sowjetunion zu beteiligen.

## Okales und Provinzielles.

Halver, den 19. Mai 1933.

### Blumentag für Blinde.

Am Sonntag, den 14. Mai, fand in der Provinzial-Blindenanstalt Soest eine Verwaltungsratsitzung des Westfälischen Blindenvereins statt, die einen guten Besuch aufwies. 30 Ortsgruppen vertraten 1500 Blinde.

Nach einem einmütigen Bekenntnis zur nationalen Erhebung und dem Volkstanzler Adolf Hitler sowie der Erledigung interner Vereinsangelegenheiten wurden die Richtlinien für einen Blumentag für Blinde erörtert, der am 23. Juli d. J. mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in den Städten und Ortsgruppen der ganzen Provinz Westfalen veranstaltet wird. Durch diese Veranstaltung sollen dem Westfälischen Blindenverein und seinen Ortsgruppen Mittel zugeführt werden, die zur Förderung der Berufsfürsorge arbeitsfähiger Blinder, zur Vinderung besonders dringender Notfälle, zur Beschaffung von Rundfunk und Hörhunden und für Zwecke des Blinden-Alters- und Erholungsheims in Meschede Verwendung finden sollen. Es steht außer Zweifel, daß die blinden Volksgenossen von den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen besonders hart betroffen werden. Der W. B. V., Dortmund, Kreisstr. 4, gibt sich deshalb der Hoffnung hin, daß sein Ruf: „Helft den westfälischen Blinden zum Blumentag am 23. Juli!“ im ganzen Lande und in allen Kreisen der Bevölkerung freundlichen Widerhall findet. Damen und Herren, die bei der Leitung und Durchführung dieser sich über ganz Westfalen erstreckenden Veranstaltung mitzuarbeiten bereit sind, werden freundlichst gebeten, dies der oben genannten Stelle mitzuteilen.

—\* Aufruf zur Unterstützung der Hilfspolizei: „Den Sieg der nationalen Revolution verdanken wir nicht nur dem Kampf- und Führerwillen Adolf Hitlers und seiner Mitarbeiter sowie der Abkehr des deutschen Volkes von Marxismus und Mißwirtschaft, sondern auch jenen Tausenden von Angehörigen der SA, SS, des Stahlhelms und des Deutschnationalen Kampfrings, die Seite an Seite mit der staatlichen Polizei den mühseligen Verlauf jener gewaltigen nationalen Erhebung sicherten. Die Ausschaltung des Kommunismus, die Wiederherstellung der Staatsfeinde erforderten schnelles und kühnes Zutun und ständige Bereitschaft. Die Polizei, verstärkt durch Hilfspolizei, konnte allein diese Aufgabe lösen. Der Wach-, Streifen- und Ermittlungsdienst stellte in dem weit ausgedehnten von Industrie stark durchsetzten Regierungsbezirk Arnsberg an die Hilfspolizei hohe Anforderungen. Seit Wochen berichtet sie Schalter an Schalter mit der staatlichen oder kommunalen Polizei ihren schweren Dienst aufopfernd und uneigennützig zum Schutze des Eigentums, zum Schutze der deutschen Feldflur, zum Schutze von Bürger und Bauer. — Ein Lohn wird der Hilfspolizei nicht gezahlt und von ihr auch nicht verlangt. Selbstlos leisten diese Männer ihren Dienst ohne jedes Entgelt für Volk und Vaterland. Schon haben sich deutsche Volksgenossen verschiedener Stände bemüht, die Hilfspolizei wirtschaftlich zu unterstützen. Jetzt ergeht aber an alle Einwohner des Regierungsbezirks, an Unternehmer, Geschäftsleute oder Landwirte der Ruf, den jungen für das nationale Deutschland begeisterten, meist erwerbslosen Männern aus eigener Dankeschuld den Polizeidienst durch Hergabe möglichst laufender Spenden an Geld, Lebensmitteln, Kleidern und Schuhwerk zu erleichtern. Bei den Polizeipräsidenten zu Dortmund, Bochum und Hagen und bei der Polizeidirektion zu Hamm wurden bereits Sammelstellen für die Hilfspolizei errichtet. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten und darüber hinaus bei den örtlichen Polizeiverwaltungen werden Annahmestellen für Geldspenden, für Spenden an Lebensmittel, Kleidern und Schuhwerk eingerichtet. Die Annahmestellen sind in den Landratsämtern, Rathäusern und in den Gebäuden der Amts- und Gemeindeverwaltungen kenntlich gemacht. Gebt alle im Regierungsbezirk einen Beitrag für unsere Hilfspolizei. Helft den jungen Deutschen, die Euer Eigentum schützen, stärkt die ordnende Kraft des jungen Nationalstaates, rettet Euer Kinder vor der Gefahr des Bolschewismus.“

Arnsberg, den 8. Mai 1933.

### Der Regierungspräsident.

gez. von Stockhausen.

—\* Die Siedlungslustigen im Kreise Altena können darauf hingewiesen werden, daß neuerdings bei der Kreisverwaltung in Altena eine örtliche Beratungs- und Vermittlungsstelle für alle landwirtschaftlichen Siedlungsangelegenheiten, insbesondere auf dem Gebiete der West-Ost-Siedlung eingerichtet worden ist. Es kann nicht drin-

gend genug empfohlen werden, sich in allen Siedlungsangelegenheiten nur an diese amtliche Stelle zu wenden, die nach den Weisungen der amtlichen Reichs- und Provinzialen Stelle für Siedlerberatung kostenfrei arbeitet. Alle sonstigen Siedlerberatungsstellen sind, wie wir hören, mehr oder weniger Unternehmen, die die Siedlungslustigen nur auszubeuten gedenken. Jedenfalls ist bei den nichtamtlichen Siedlungsstellen größte Vorsicht am Platze.

—\* Das Mittelstandsgezet ist am Montag in Kraft getreten. Das Zugabeverbot ist in einem besonderen Gesetz verkündet worden. Das Gründungsverbot für neue Geschäfte ist nur bis zum 1. November 1933 befristet, womit also dieses Gesetz lediglich eine Maßnahme für die Dauer einer gewissen Notzeit sein soll. Dagegen bleibt bemerkenswert, daß neue Einheitspreisgeschäfte dauernd verboten bleiben. Die übrigen Gesetzesbestimmungen dienen vor allem dem Schutz des gelehrten Fachmannes gegen berufsferne Eindringlinge, und deshalb hat der Begriff der Unzuverlässigkeit eine klare und zum ersten Mal ziemlich erschöpfende Umrißbestimmung erhalten.

—\* Fahrplan. Die mit Inkrafttreten des diesjährigen Sommerfahrplans geschaffene, neue und günstige Sitzzugverbindung Lüdenscheld-Dieringhausen-Köln und zurück scheint in den Kreisen des reisenden Publikums, wie aus der bisherigen Befragung der Züge zu schließen, noch zu wenig bekannt zu sein. Wir möchten empfehlen, doch diese Verbindung nach Möglichkeit mehr zu benutzen, damit sie zu einer dauernden Einrichtung wird. Der Sitzzug fährt 7,59 Uhr ab Lüdenscheld, 8,15 ab Brügge, 8,32 ab Kierspe, 8,39 ab Meinerzhagen, 8,52 ab Marienheide, 9,04 ab Gummerbach, 10,29 an Köln-Hbf. und zurück 21,50 ab Köln-Hbf., 23,10 ab Dieringhausen, 23,19 ab Gummerbach, 23,32 ab Marienheide, 23,46 ab Meinerzhagen, 23,52 ab Kierspe, 24,10 ab Brügge, 24,21 an Lüdenscheld.

## Beschäftigung von Erwerbslosen bei der Volkszählung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich damit einverstanden erklärt, daß Wohlfahrts-erwerbslose als solche weitergezählt werden, wenn sie als Hilfsarbeiter für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1933 von den Gemeinden beschäftigt werden. Die Wohlfahrts-erwerbslosen sollen in der Hauptsache eingesetzt werden, um vor der Zählung die Arbeit der ehrenamtlichen Zähler vorzubereiten und um nach der Zählung die eingesammelten Zählpapiere büromäßig zu überprüfen. Ihre Arbeit soll zusätzlich sein und lediglich dazu dienen, eine größtmögliche Genauigkeit des Zählungsgeschäfts zu erreichen. Die Ausarbeitung der Zählung, auch soweit sie durch ein statistisches Landesamt einer Gemeinde übertragen wird, kann jedoch nicht als Pflicht-, Notstands- oder Hilfsarbeit geleistet werden.

### Nicht im Walde rauchen!

Von zuständiger Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der trockenen Sommerzeit die Spaziergänger in Wald und Fluren darauf bedacht sein müssen, daß den Waldboden abgestorbene Gräser und trockenes Laub bedecken. Durch einen einzigen Funken einer achlos fortgeworfenen Zigarre oder Zigarette kann oft ein Brandherd entstehen, der sich mit rasender Geschwindigkeit zu einem gefährlichen Großbrand ausdehnt. Von größter Bedeutung ist, daß jeder entstehende Flur- oder Waldbrand durch Radfahrer oder Fernsprecher der nächsten Försterei, Polizeistelle, Feuerwehr oder sonstigen zuständigen Behörde zu melden ist. Durch Aufwerfen von Sand und durch Ausschlagen des Feuers mit Baumzweigen könnte oftmals der Brand rasch gelöscht werden.

Um Unheil zu vermeiden, unterlasse man das Rauchen im Walde und Sorge für die Belehrung der Kinder in der Familie und in der Schule.

## Halver

—0 Polizeiliches. Gefunden: 1 Gelbbörse. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—& Gestern nachmittag 6 Uhr sprach Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus im Rundfunk über „Friede Reuters Freundschaft mit Hermann Grashof, der zu Loh, zwischen Kreuztal und Hilchenbach wohnte, und dessen Reiter in seinem Werke: „Mit meine Festungstief“ gedenkt. Er war geboren am 27. Juli 1809 zu Fredeburg, wofür er auch die Volksschule besuchte. Er besuchte das Gymnasium zu Arnsberg und zu Soest, um sich dann dem Studium der Medizin in Würzburg zu widmen. Von dort ging er nach Berlin, wofür er jedoch nicht immatrikuliert wurde, weil er von Würzburg nicht exmatrikuliert war. Als er ins Hannoversche zog, gelang ihm dies zu Göttingen. Dort wurde er verhaftet unter der Anklage hochverräterischer Bestrebungen. Zwecks Abschluß des Verfahrens wurde er nach Magdeburg gebracht. Hier wurde er zum Tode verurteilt, welche Strafe in eine 30-jährige Festungshaft umgewandelt wurde. Das Gefängnis des Vaters, seinen Sohn nach Minden zu bringen, wurde nicht erfüllt. In Magdeburg traf er mit Fritz Reuter zusammen, der von nun an eine innige Freundschaft vereinigte. Eine wenig rühmliche Rolle spielt bei der Bestrafung Grashofs Dambach. Aus der Bestrafung wurde er befreit nach dem Tode Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1840. Er erhielt eine Anstellung als Buchhalter bei einer Brauerei in Loh. Den Beschluß bildete die Verlesung eines nicht veröffentlichten Briefes Grashofs an Reuter, der von der innigen Freundschaft zwischen beiden Zeugnis ablegte. Am 24. Dez. 1867 starb Grashof.

—(Die Vortätigkeit in unserer Gemeinde ist nicht so lebhaft, wie man sie wohl in diesem Jahre erwartet hatte. Neben kleineren Änderungen bzw. Erneuerungen an stehenden Gebäuden ist augenblicklich die Firma Gebr. Karthaus damit beschäftigt, daß vor wenigen Monaten abgebrannte Haus der Witwe Aug. Junge-Sundern wieder aufzubauen. Man hat der ursprünglichen Höhe des Gebäudes noch ein Geschöß aufgesetzt. Der Rohbau ist vollständig, so daß man jetzt mit den Innearbeiten beschäftigt ist.

—) Dedinghausen. Der MSB. Dedinghausen hatte am vergangenen Sonntag seine Mitglieder zu einer kleinen Wanderung in die nähere Umgebung eingeladen. Kurz nach 8 Uhr versammelten sich die Sänger in Carthausen. Galt es doch vor allen Dingen die beiden seit Jahren erkrankten Ehrenmitgliedern Albert Wefner-Heesfeld sowie Otto Schreiber-Bruch durch Vorträge einiger Lieder zu erfreuen. Die Vorträge gelangen ausgezeichnet, so daß der Chor auch anständige Zuhörer hatte. Gegen 11 Uhr nahm die Veranstaltung ihr Ende. Der Wunsch dieser beiden ehemaligen treuen Sänger war nur der eine: recht bald wiederzukommen.

## Dahlebrück

—\* „Neues Leben im Arbeitsfreiwilligen Lager Lin-scheid.“ Nach Verstärkung des Arbeitslagers des freiwilligen Arbeitsdienstes und vollzogenen Führerwechsels hat neues Leben seinen Einzug gehalten, welches eine größere Arbeitsfreude ausgelöst hat. Die Auftragsarbeiten am Einscheider Kopf machen gute Fortschritte. Insgesamt sollen im Einscheider und Dahlebrücker Gebiet einige Hundert Morgen Land für den Ackerbau urbar gemacht werden.

## Breckerfeld

—\* Am Himmelfahrtsfest begeht der Kreisverband der Evgl. Jungmännervereine hier in Breckerfeld sein Kreisfest. Morgens im Gottesdienst wird Herr Pastor Groß predigen. Posaunen- und Männerchöre werden zur Ausgestaltung des Gottesdienstes beitragen. Im Anschluß an den Gottesdienst findet ein Werbemarich statt, der mit einer Kundgebung am Denkmal verbunden ist. Hier wird der Kreispräsident, Herr Pastor Kleinemeier aus Schwerte, eine Ansprache halten. Nachmittags ist um 3,15 Uhr die Festversammlung in der neuen Turnhalle.

—\* Die Jakobusglocke, die am Weihnachtsmorgen 1931 abgestürzt war, ist nach sachgemäßer Reparatur wieder aufgehängt worden. Nun braucht die Gemeinde nicht länger mehr auf ihr altes und schönes Geläute zu verzichten.

## Rönsahl

—c Strandbad. Die hiesige Strandbadanlage ist in ihrem Rohbau fertiggestellt. Nachdem zu Anfang der Kälteperiode im vergangenen Winter die Wasserstauung vollzogen war, zeigten sich Unrichtigkeiten in einem Längsdamm und ist man im Frühjahr damit angefangen, diesen großen Uebelstand zu beheben. Ist dieses nun geschehen und das Wasser wieder im Bassin gestaut, dann muß mit dem Bau der Außenanlage, insbesondere der Badefabrics usw. begonnen werden. Daß hierzu Geld und wieder Geld benötigt wird braucht wohl nicht erst erörtert zu werden. Spenden sind in dankenswerter Weise gemacht worden, aber es reicht noch nicht aus. In seiner letzten Generalversammlung hat sich nun der Strandbadverein entschlossen zur Selbsthilfe zu schreiten und in Verbindung mit seinem 1. Stiftungsfeste einen Theaterabend zu veranstalten. Um etwas Gutes zu bieten wurde die Aufführung der Operette in 3 Akten „Winterlied“ gewählt und geht diese am kommenden Samstag und Sonntag, den 20. und 21. d. Monats 8 1/2 Uhr über die Bühne. Wer etwas außergewöhnliches hören und sehen will, der versäume nicht dieser Aufführung beizuwohnen! Groß sind die Unkosten, groß muß der Besuch sein, damit noch Gelder zur Fertigstellung des zu begrüßenden Strandbades übrig bleiben; trage ein jeder sein Scherflein zu dieser die menschliche Gesundheit fördernden Anlage bei.

Meinerzhagen. Ein Einbruch in das Manufakturwaren-geschäft F. W. Lientkämper Wwe., Hauptstraße, wurde vergangene Nacht wieder mal versucht. Wie die Spuren im Garten hinter dem Hause beweisen, sind wenigstens zwei Täter an dem Einbruchsveruch beteiligt gewesen. Anscheinend hat der eine Schmiere gestanden, während der andere die Haustür an der Rückseite des Hauses anbohrte. Eine Füllung der Tür ist nahezu bis zur Hälfte angebohrt. Gegen 2 Uhr wurden die Bewohner des Hauses durch Nachbarn, die wegen eines plötzlichen Krankheitsfalles etwas zu kaufen hatten, geweckt. Dadurch sind wohl auch die Einbrecher in ihrer Tätigkeit gestört worden, so daß sie sich schnellstens entfernten.

Lüdenscheld. NSDAP.-Arbeitsdienststelle. Von nat-joz. Seite werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß sich die Dienststelle für den Arbeitsdienst der NSDAP., Gau Westfalen-Süd, Abteilung VI für die Kreise Lüdenscheld, Altena und Iserlohn, im Gebäude der Stadt. Berufsschule, Rathelplatz 6, befindet.

Lüdenscheld. Bestrafter Bildhändler. Ein Bildhändler der geringwertige Bilder nicht zu angemessenen Preisen verkaufte, wurde von der Polizei gestellt und sieht seiner Bestrafung entgegen. Man sollte von umherziehenden Bildhändlern Bilder überhaupt nicht kaufen.

### Strafverfahren gegen Hansmann wird eingeleitet.

Wie das bds-Büro Berlin meldet, hat die nationale sozialistische Fraktion des preussischen Landtages einen Antrag eingebracht, in dem um die Aufhebung der Immunität des sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren Landrats Hansmann ersucht wird. Die Immunität soll zum Zwecke der Ermöglichung einer Strafverfolgung des Landrats Hansmann aufgehoben werden. Hansmann wird vor allem die bekannte Tatsache zur Last gelegt, daß er sich in verächtlicher Weise über die deutschen Frontkämpfer geäußert hat. Auch werden ihm andere kriminelle Vorwürfe gemacht (über die wir seinerzeit ebenfalls berichtet haben. Red.). Da die Nationalsozialisten in dem für Immunitätsfragen zuständigen Geschäftsordnungsausschuß über die Mehrheit verfügen, kann schon jetzt die Einleitung eines Verfahrens gegen Hansmann als sicher bezeichnet werden.

Münster. Der neue Bischof von Münster. Zum Nachfolger des verstorbenen Bischofs von Münster, Dr. Johannes Poggenburg, ist der Domkapitular Heinrich Heusers aus Berlin ernannt worden. Domkapitular und Ordinariusrat Heusers wurde am 24. April 1880 in Sippborg in Westfalen geboren. Die Priesterweihe empfing er in Münster am 28. Mai 1904. Im Jahre 1931 wurde er zum Domkapitular ernannt.

n Radevormwald. Eine zweite vorchristliche Schmelzanlage entdeckt. Wir berichteten vor etwa 2 Wochen von dem Fund einer vorchristlichen Schmelzanlage bei Ausgrabungsarbeiten auf dem Grundstück der Schlittschuhfabrik Hugo Dornseif in der Nelfestraße. Vor einigen Tagen machten Schüler eine ähnliche Entdeckung in der Nähe des Gehöftes Radelsiepen. Bei den daraufhin von den Herren Konrektor Blanker-Hüdeswaggen und Dr. Rothermann-Radevormwald an Ort und Stelle vorgenommenen Nachforschungen fand man dort neben einem Singershausen, der etwa 300 Tonnen Schlacken enthält, einen Schmelzofen gleichen Typs und Alters. Doch war dieser Ofen rund, während der bei Dornseif gefundene quadratische Formen hatte. Leider war nur der untere Teil des Ofens vorhanden. Scheinbar ist der obere Teil mit der Winddüse beim Abtragen zerstört worden. Es ist anzunehmen, daß sich in der Nachbarschaft dieses großen Singershausen mehrere derartige Schmelzöfen und Meilerhaufen befinden. Durch sachkundige Ausgrabungen würde diese Vermutung fraglos bestätigt. Eine genaue Angabe über das Alter dieser Schmelzanlagen muß der Nachforschung überlassen bleiben.

Millionen-Aufträge durch die Ruhrgas-Gesellschaft und die Firma Krupp.

Essen. Die Ruhrgas AG., Essen, die im verfloßenen Jahr keine Neubauten vorgenommen hat, beabsichtigt durch Erteilung neuer Aufträge zur Belebung des Arbeitsmarktes beizutragen. Es sollen verschiedene Verbin-

... und 100 000 Mark Geldstrafe.

Die Große Strafkammer des Landgerichts I Berlin hat nach wochenlangen Verhandlungen den Bankier Willi Seiffert wegen Bilanzverschleierung und handelsrechtlicher Untreue zu insgesamt 4 1/2 Jahren Gefängnis und zu 100 000 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle je sechs Monate Gefängnis treten, verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen. Vier Monate der Untersuchungshaft werden dem Angeklagten angerechnet.

In der Urteilsbegründung gegen Seiffert wurde ausgeführt, daß Seiffert nicht ein Förderer, sondern ein Schädling der Wirtschaft gewesen sei, der 36 000 Später um ihr Vermögen gebracht habe. Deshalb seien ihm mildernde Umstände zu ver- sagen. Eigentlich hätte der Angeklagte ins Zucht- haus gehört, aber das Gericht hätte sich an die Be- stimmungen des Gesetzes halten müssen.

## 4 1/2 Jahre Gefängnis für Bankier Seiffert

Der Angeklagte werde aber dennoch nicht dem Zuchthaus entgehen, da die in Dessau gegen ihn ver- hängte Zuchthausstrafe mit der jetzt erfolgten zu einer Gesamtzuchthausstrafe vereinigt werden müßte.

**Todessturz auf der Abus.**

Kennfahrer Merz beim Training tödlich verunglückt. Beim Training für das große Rennen auf der Abus in Berlin ist der bekannte Kennfahrer Otto Merz tödlich gestürzt.

Unmittelbar nach einem starken Regenguß begab sich Otto Merz auf seinem Mercedes-Benz S.N.-Wagen auf die Strecke. Ein Führer, der kurz nach Merz gestartet war, fand in der Nähe der kleinen Motorradkurve den Wagen von Merz überschlagen am Rande der Abus-Bahn.

Liegen, und auf der anderen Streckenseite den Kennfahrer Merz selbst in bewußtlosem Zustand. Merz wurde sofort ins Krankenhaus geschafft, wo er seinen schweren Verletzungen erlag.

## Revolution in Kuba.

Bereits über 100 Todesopfer.

In Kuba ist eine neue Revolution ausgebrochen. 1200 Aufständische sind, von Trinidad kommend, an der Südküste in der Provinz Santa Clara überraschend gelandet. Die Aufständischen wurden von der Bevölke- rung mehrerer Städte unterstützt. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit den Regierungstruppen. Die Ver- luste auf beiden Seiten werden auf über hundert Tote geschätzt.

## Was man noch wissen muß.

Zählergewinnung für die Volkszählung am 16. Juni.

Berlin. Die Reichsregierung hat beschlossen, daß die Be- amten und Angestellten des Reiches in weitestem Um- fang als Zähler bei der am 16. Juni 1933 stattfindenden Volks- zählung und Betriebszählung heranzuziehen sind. Darüber hinaus wird an alle deutschen Männer und Frauen,

die hierzu in der Lage sind, die Aufforderung gerichtet, sich als ehrenamtlicher Zähler zur Verfügung zu stellen.

Seeschiffahrtsbesprechung beim Reichsverkehrsminister.

Berlin. Über die Notlage der Seeschiffahrt fand unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers eine Besprechungs- kommission statt. An der u. a. der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister der Finanzen sowie die Ersten Bürgermeister der Hansestädte Hamburg und Bremen teilnahmen. Dem Rabinett sollen, wie die Aussprache ergab, beschleunigt Maßnahmen vorgeschlagen werden, die es ermöglichen, die Besatzungen der Seeschiffe im Dienst zu halten und Neueinstellungen von Schiffen in den Seedienst vorzunehmen.

## Das Gemälde des Oberpräsidenten Lube beschädigt.

Hannover. In der Heimtümmer-Ausstellung der Kunst- gesellschaft wurde das dort ausgestellte Porträt des Ober- präsidenten Lube, das diesen in seiner SM-Uniform zeigt, durch Kratzer mit einem stumpfen und einem spitzen Gegenstand im Gesicht und an der Armbinde beschädigt.

Auch Henry Varmat muß Holland verlassen.

Amsterdam. Nach dem Ausweisungsbefehl an Julius Varmat ist nunmehr auch an Henry Varmat die Ausweisung ergangen, Holland zu verlassen. Beide Brüder, die als un- erwünschte Ausländer bezeichnet werden, müssen Holland am 22. Mai verlassen.

## Minen-Explosion in Helsingfors.

Helsingfors. In der finnischen Kriegsmarinenschule in Hel- singfors übte eine Klasse von Reserveoffiziers-Aspiranten mit einer Mine. Plötzlich explodierte die Mine und acht Kriegs- schüler wurden verletzt; zwei erhielten lebensgefährliche Ver- legungen.

Botschafter Radolny am Freitag wieder in Genf.

Berlin. Botschafter Radolny beabsichtigt, am Freitag früh um 6 Uhr vom Flughafen Tempelhof nach Genf abzufahren. Der Führer der Reichsarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Pachtbetriebe.

Berlin. Die Reichsarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Pachtbetriebe, in der die berufständischen Spitzenorganisa- tionen der deutschen Pächter (Domänenpächterverband, Reichs- bund landwirtschaftlicher Pächter und Deutsche Pächterkredit- bank, Domänenbank, e. G. m. b. H.) zusammengeschlossen sind, hat einstimmig das Mitglied der Reichsführergemeinschaft, Herrn Domänenpächter Bode-Hornsen, M. b. V., einen enagen Mitarbeiter des Reichsbauernführers Darre, zum Führer der Reichsarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Pachtbetriebe gewählt.

# Kein Zweifel - wohin

wo Sie die höchsten Gegenwerte für Ihr Geld bekommen: Dort ist Ihre Einkaufsstätte.

Große Mengen in Mänteln, Kleider, Blusen, Röcke wieder eingetroffen.

|                                                |                                                    |                                                   |                                                    |
|------------------------------------------------|----------------------------------------------------|---------------------------------------------------|----------------------------------------------------|
| <b>Damen - Mäntel</b><br>in schönen Stoffen    | 28 <sup>75</sup> 19 <sup>75</sup> 14 <sup>75</sup> | <b>Jugendl. Kleider</b><br>bedruckt und einfarbig | 29 <sup>75</sup> 18 <sup>75</sup> 9 <sup>75</sup>  |
| <b>Gabardin - Mäntel</b><br>in hell und dunkel | 36 <sup>75</sup> 22 <sup>75</sup> 16 <sup>75</sup> | <b>Frauen - Kleider</b><br>in allen Weiten        | 36 <sup>75</sup> 24 <sup>75</sup> 19 <sup>75</sup> |
| <b>Frauen - Mäntel</b><br>in allen Weiten      | 49 <sup>75</sup> 37 <sup>75</sup> 28 <sup>75</sup> |                                                   |                                                    |

**D. LEBENBERG**  
LÜDENSCHIED

Statt Karten!

**Paula vom Brocke**  
**Eberhard Kerspe**  
Verlobte

Halverscheid b. Brügge Halver

20. Mai 1933.

**Margarete Loh**  
**Wilhelm Wiebusch**  
grüßen als Verlobte

Brüninghausen, Neuen-Herweg, b. Halver b. Halver

20. Mai 1933.

Für die Glück- und Segens- wünsche, die uns zur Feier unse- rer goldenen Hochzeit in so reichem Maße zuzugingen, sagen wir hiermit allen

**unsern herzlichsten Dank.**

**Hermann Schmidt u. Frau**  
Schalksmühle im Mai 1933.

**Ingenieurschule**  
Elektrotechnik, Maschinenb., Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik, Lehrpläne

**Lage**  
Städt. anerkannt u. über. Architekturbau, Stahl- bau, Tonindustrie

**Turnverein Zahn**  
Kierspe-Bahnhof

Spielabteilung.  
Sonntag, den 20. 5. 33  
ab 8 Uhr

**Fußballtraining.**  
Sonntag, den 21. 5. 33  
in Lüdenscheid, Sport- platz Höb

**Handball- Gesellschaftsspiel:**  
2. u. 3. G. — 1. „Sohn“.  
Abfahrt 6.50 Uhr ab Bahnhof Kierspe.  
Der Spielwart.

Ausflugsort  
**Wilhelmshöh.**  
Sonntag, den 21. Mai

**TANZ**

Eintritt frei.

**Düngemittel!**

Frisch eingetroffen und auf Lager wieder vor- rätig:

**Ammoniak-Superphos- phat 9x9, Ammoniak- Superphosphat 5x10, Am. Su. Ka. 5x8x12, Schwefelsaures Ammo- niak, Gumnafalpete, Nitrophoska II, Katmit.**

**E. Zimmermann,**  
Dhl.-Rönsahl  
Telefon Nr. 211 Rönsahl.

Bin Montag mittag 1/12 Uhr bei Kubbier, Kierspe, 1 Uhr Tan- nenbaum mit besten

**oldenb. Schweinen**  
zum Verkauf.  
Kämper, Denneking.

**Waschkörbe**  
**Spantörbe**  
**Papierkörbe**

empfiehlt:  
**Wilh. Bell jr.,**  
Halver.

**KATALOGE**  
**PREISLISTEN**  
für die  
**Kleisenindustrie**  
werden als Spezialität  
schnell u. preiswert  
angefertigt.  
**Wilh. Bell jr.,**  
Halver.

**Kirchliche Nachrichten.**

**Ev. Gemeinde Halver.** Sonntag 10 Uhr Gottes- dienst Pastor Dr. Große-Dresselhaus, 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst, Bücherausgabe der kirchlichen Volksbibliothek. Dienstag abds. 8.15 Uhr Kirchenchor. Donnerstag (Himmelfahrt) 10 Uhr Gottesdienst Pastor Dr. Große-Dresselhaus Freitag abends 8 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

**Ev. Vereinshaus Halver.** Samstag 4 Uhr Jung- schar, (Knaben) 8.30 Uhr Bibelbesprechung und Gebetsstunde Sonntag 12.30 Uhr Jungvolk und Jungf. Abmarsch zur Glöckersperre. 1.30 Uhr Gemeinschaftsfahrt Wanderung zur Glöckersperre Kaffee zu haben, Zubrot und Tassen mitbringen. Montag 8 Uhr Turnen, 8.30 Uhr Jungfrauenchor. Mittwoch 4 Uhr Jungf. (Mädchen), 8.30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Himmelfahrt 4.30 Uhr Bibelfest. Freitag 8.30 Uhr Männer- chor.

**Freie evangelische Gemeinde Halver.** Freitag d. 19. Mai 8.30 Uhr Bibl. Vorträge über die Endzeit, Pred. von Bauer. Samstag, 20. 4. 8.30 Uhr Bibl. Vorträge (Predig. Bauer). Son- tag morgens 9.45 Uhr Erbauungsstunde, 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 4 Uhr Bibl. Vorträge, über die Endzeit Predigt Bauer. Montag, 8.30 Uhr Männerchor. Dienstag, 8.30 Uhr Gem. Chor. Mittwoch 8.30 Uhr Jungmädchenverein Donners- tag (Himmelfahrt) 9.45 Uhr vorm. Erbauungs- stunde.

**Gewinnauszug**

2. Klasse 41. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie  
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 18. Mai 1933  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 238070 243200  
2 Gewinne zu 3000 M. 189758  
16 Gewinne zu 2000 M. 64667 75548 109594 201391 211023 312651 363589 373255  
20 Gewinne zu 1000 M. 113575 148728 160435 179863 192046 215184 231106 258986 292991 303766  
30 Gewinne zu 800 M. 21189 35333 51912 54171 88439 99101 127944 184307 226039 245293 252912 266846 267193 326187 332487  
52 Gewinne zu 500 M. 23492 27149 29994 39463 129256 158140 180473 186954 194294 229048 232169 237639 245520 247424 263095 272217 284001 292651 294133 295493 302946 339944 341533 359702 370619 386804

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 29806  
4 Gewinne zu 3000 M. 93840 178573  
2 Gewinne zu 2000 M. 221473  
22 Gewinne zu 1000 M. 20074 75285 77343 100368 172823 287825 316296 322109 341488 360890 386313  
32 Gewinne zu 800 M. 10383 23126 45394 93511 143434 167126 172926 260126 261305 277640 290295 302751 310540 341884 349497 367892  
42 Gewinne zu 500 M. 6020 8572 65419 65504 96889 152285 163720 207476 203034 245843 247223 255075 288969 298727 298815 315380 322446 335221 356243 371626 374288

Die Ziehung der 3. Klasse der 41. Preußisch-Süddeutschen (267. Preußischen) Staats-Lotterie findet am 14. u. 15. Juni 1933 statt.

**Blaukreuzverein Halver.** Sonntag d. 21. Mai nachm. 3 Uhr Bibelfest. Himmelfahrt nachm. 3 Uhr Bibelfest.

**Katholische Gemeinde Halver.** Sonntag d. 21. 5. 7.30 Uhr Frühmesse, mit Predigt, Kommunion der Schulkinder, 10 Uhr Hochamt mit Predigt abds. 7 Uhr Matandacht. Donnerstag den 25. 5. Christi Himmelfahrt, 7 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt mit Predigt und sakr. Segen, abends 7 Uhr Matandacht.

**Evangel. Gemeinde Brügge.** Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst, 11.15 Uhr Kindergottesdienst, Dienstag 8.30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Posaunenchor. Himmelfahrt. 10 Uhr Got- tesdienst, 10.15 Uhr Kindergottesdienst.

**Evangel. Gemeinde Schalksmühle.** Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, 11.15 Uhr Kindergottesdienst, 3 Uhr Jungf. 5.30 Uhr Blaukreuzstunde, 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8 Uhr Posa- uenchor. Dienstag 8.30 Uhr Jungmädchenverein Mittwoch 8.30 Uhr Bibelfest. Himmelfahrt 9.30 Uhr Gottesdienst. Freitag 8 Uhr Männer- chor. Sonnabend 8.30 Uhr Gemischter Chor.

**Ev. Gemeinde Breckerfeld.** Sonntag d. 21. Mai 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Dannert, Nachsteck- 11.15 Uhr Kindergottesdienst. 3 Uhr Jahresfest d. Frauenhilfe. Dienstag 8.30 Uhr Jungmännerverein 8.30 Uhr Kirchenchor. Donnerstag, den 25. Mai 1933 (Himmelfahrt) 10 Uhr Festgottesdienst an- läßlich des Kreisfestes der Evang. Jungmänner- vereine, 3.15 Uhr Festversammlung in der Turn- halle. Samstag 8.30 Uhr Jungf. des Jungmäd- chenvereins, 8 Uhr Posaunenchor.

**Ev. Gemeinde Kierspe.** Sonntag 9.30 Uhr Kin- dergottesdienst, 10.30 Uhr Gottesdienst, Pastor Eggerling, 11.30 Uhr Bücherausg. Dienstag 8.30 Uhr Posaunenchor, 8.30 Uhr Jungmännerbund, Himmelfahrt 10.30 Uhr Gottesdienst, Pastor Meyer zu Theenhausen. Freitag 8.30 Uhr Kirchen- chor. Samstag 8.30 Uhr Männerchor.

**Vollmer.** Sonntag 9.30 Uhr Gottesdienst Pastor Meyer zu Theenhausen, 10.30 Uhr Kindergottes- dienst, 10.30 Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Kin- dergottesdienst Vollme. Dienstag 8.30 Uhr Po- saunenchor Vollme. Himmelfahrt 9.30 Uhr Beichte und Feier des hl. Abendmahls, Pastor Eggerling.

**Kierspe-Bfj.** Sonntag 9.30 Uhr Kindergottes- dienst, 10.45 Uhr Gottesdienst Pastor Meyer zu Theenhausen, 4 Uhr Bibelfest. Montag 8.30 Uhr Gemeinschaftschor. Dienstag 8.15 Uhr Kirchenchor. Himmelfahrt 10.15 Uhr Gottesdienst, 11.45 Uhr Beichte und hl. Abendmahl. Freitag 8.15 Uhr Frauenhilfe, 8.30 Uhr Männer- und Jungf.verein. Samstag 2.30 Uhr Jungf.chor.

**Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bfj.** Sonntag 9.30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder- Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein. 20.30 Uhr Jungfrauenbund. Mittwoch 2.30 Uhr Ge- betsstunde. Donnerstag 2.30 Uhr Gem. Chor. Freitag 8.30 Uhr Jünglingsverein.

**Inferieren bringt Gewinn!**